



An den Oberbürgermeister
der Landeshauptstadt München
Herrn Dieter Reiter
Rathaus, Marienplatz 8
80331 München

München, 24.04.2025

**Antrag zur dringlichen Behandlung in der Vollversammlung am 30.04.2025
„Hochhaus-Stopp“-Stopp stoppen!**

Die städtische Rechtsabteilung wird aufgefordert, eine rechtlich einwandfreie, zulässige Formulierung für einen Bürgerentscheid „Hochhaus-Stopp“ vorzuschlagen und dem Stadtrat zur Abstimmung vorzulegen.

Sollte der Stadtrat gegen die Durchführung des Bürgerentscheids der Bürgerinitiative Hochhaus-Stopp stimmen, wird die Stadtverwaltung aufgefordert, einen Ratsentscheid zur Hochhaus-Frage vorzubereiten. Dieser soll noch vor der Sommerpause des Stadtrats durchgeführt werden.

Begründung:

Die Bürger:innen haben gesprochen: Sie möchten darüber abstimmen, ob an der Paketposthalle zwei Wolkenkratzer gebaut werden dürfen. 50 000 Personen haben für das Bürgerbegehren unterschrieben. Doch die Rechtsabteilung der Landeshauptstadt München hat jetzt – nachdem die Stimmen gesammelt und ausgezählt wurden – festgestellt, dass die Fragestellung des Bürgerbegehrens gegen das Abwägungsgebot des Baugesetzbuches verstößt, wie dem Münchner Merkur/tz vom 24.04.2025 zu entnehmen ist.¹

Würde der Bürgerentscheid nun aufgrund von juristischer Spitzfindigkeit verhindert, wäre das den Unterzeichner:innen und Engagierten nur schwer zu vermitteln und würde zu wachsender Politikverdrossenheit beitragen. Von Anfang hat die Fraktion ÖDP/München-Liste einen Ratsentscheid gefordert, da Beschlüsse gegen den Hochhaus-Bürgerentscheid von 2004 gefasst werden sollen. Sollte die Fragestellung des Vereins Hochhaus-Stopp tatsächlich nicht zulässig sein, darf die Landeshauptstadt München auf keinen Fall vor Gericht dafür kämpfen, dass sie die Stimme des Volkes nicht hören muss. Ein schneller Ratsentscheid könnte rechtssicher das Mitbestimmungsrecht der Bevölkerung umsetzen.

Initiative:

Tobias Ruff, Fraktionsvorsitzender

Dirk Höpner, Planungspolitischer Sprechers

¹ <https://www.merkur.de/lokales/muenchen/juristen-muenchen-erklaeren-hochhaus-buergerbegehren-fuer-unzulaessig-93696417.html>